

# VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## An die Bauarbeiterchaft Deutschlands!

(Bauhilfsarbeiter, Baulempner, Bauschlosser, Bautischler, Bildhauer, Dachdecker, Glaser, Maler, Maurer, Ofenscheher Steinhauer, Steinseher, Stukkateure, Zimmerer.)

Der zweite Bauarbeiterkongress findet, wie wir früher bereits bekannt gegeben am Sonntag, den 29., Montag, den 30., und wenn erforderlich Dienstag, den 31. März 1903

zu Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelser 15 statt.

Die Verhandlungen beginnen Sonntag, den 29. März, 7 Uhr Abends, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiter- schutz.

Berichterstatter: Th. Bömelburg.

2. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiter- schutzes und Beratung weiterer Maßnahmen.

Berichterstatter: G. Heinke.

3. Lohnklausel in Bauverträgen.

Berichterstatter: G. Dendtshul.

4. Anträge, so weit dieselben bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt sind.

Wir ersuchen die gesamte Bauarbeiterchaft Deutschlands, zu der vorstehenden Tagesordnung sowie zur Beschildung des Kongresses Stellung zu nehmen und erwarten, daß auch dieser Kongress, genau so wie sein Vorgänger im Jahre 1899, eine imposante Demonstration wird gegen die Mängelstände im Bauarbeiterverband.

Bezüglich der Vertretung lassen wir vollständig freie Hand. Es ist zulässig, daß die einzelnen Branchen für einen Ort oder auch für mehrere Orte gemeinsam eine Delegation entsenden, wie es auch gestattet ist, wenn die Bauarbeiterchaft eines Ortes sich auf eine gemeinsame Vertretung einigt.

Die Delegierten haben sich durch Mandat zu legitimieren, und zwar für jeden durch sie vertretenen Ort durch ein besonderes Mandat. Ist ein Delegierter von verschiedenen Branchen entsandt, dann sind die für die Delegation in Betracht kommenden Berufe auf dem Mandat anzugeben. Die Mandate sind aber nur dann gültig, wenn dieselben von mindestens drei Personen unterzeichnet sind.

Mandatsformulare sind bei den Zentralvorständen der für die einzelnen Berufe bestehenden Organisation oder bei dem Sekretär der Unterzeichner, G. Heinke, Hamburg, Brennerstr. 11, 2. Et., zu haben.

Die Wahl der Delegierten ist in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. In Fällen, wo zur Abhaltung von Versammlungen ein Lokal nicht zur Verfügung steht, kann die Wahl auch durch Unterschriften vollzogen werden. Die Unterschriften sind dem Mandat mit beizufügen.

Die Unterkosten der Delegation haben diejenigen zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Im Anschluß an den Kongress halten die Verbände der Bauarbeiter, Maler, Maurer und Zimmerer ihre Bandstage ab. Es dürfte sich empfehlen, die zu den Bandtagen delegierten Berufsgenossen auch mit der Vertretung auf dem Kongress zu betrauen. Dadurch wird die Delegation bedeutend billiger, indem die betreffenden Verbände für ihre Delegierten die Reisekosten selbst zahlen.

Etwaige Anträge für den Kongress, welche Bezug haben auf den Bauarbeiterkongress und die sonstige Tagesordnung, sind der Unterzeichneten spätestens bis zum 1. März zu unterbreiten. Die

Anträge werden dann 14 Tage vor Stattfinden des Kongresses öffentlich bekannt gegeben.

Für die örtlichen Vorarbeiten ist in Berlin ein Lokalkomitee eingesetzt, bestehend aus Vertretern der in Betracht kommenden Berufe.

Dem Lokalkomitee ist von der erfolgten Wahl zum Delegierten Mitteilung zu machen; ebenfalls, ob die Beförderung eines Logis gewünscht wird.

Die Drucksachen für den Kongress (Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterkongress usw.) werden, soweit es sich um Delegierte handelt, die zugleich auch Delegierte der Verbandslage oben genannter vier Verbände sind, durch die betreffenden Zentralvorstände, an die anderen Delegierten durch das Lokalkomitee versandt; selbstverständlich auch nur an diejenigen, welche sich angemeldet haben.

Alle Sendungen, Anfragen usw. sind zu richten: für das Lokalkomitee an G. Heinke, Berlin, Engelser 15, für die Unterzeichneten an Th. Bömelburg, Hamburg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Hambug, im Februar 1903.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterkongress.

Im Auftrage:

Th. Bömelburg, Maurer.

G. Schrader, Zimmerer.

G. Wentker, Maler.

## Die Etatsberatung im Reichstage.

Jährlich legt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes dem deutschen Reichstage den Haushaltungsplan vor, indem er die mutmaßlichen Einnahmen des Reiches mit den Ausgaben in einem Vergleich stellt. Bei dieser Gelegenheit spricht er sich über die Finanzlage aus und auch die Reichsbotschaften machen ihrem Herzen nach allen Richtungen Luft. Die Aussichten für das Jahr 1903 sind nach den Ausführungen des Staatssekretärs sehr trübe. Bereits das Jahr 1900 schloß mit einem geringen Fehlbetrag ab, nachdem die vorhergehenden Jahre günstige Ergebnisse gehabt hatten. Im Jahre 1901 erreichte der Fehlbetrag die Höhe von rund 50 Millionen Mark; die Gründe hierfür sind in dem wirtschaftlichen Niedergang der letzten Jahre zu suchen. Auch das Jahr 1902, so führte der Staatssekretär aus, "wir voraussichtlich mit einem recht hohen Defizit abschließen". Wir haben in den meisten Kapiteln der Einnahmen unvorhergesehene Ausfälle gehabt und anderseits überschreiten die Ausgaben vielfach den Voranschlag. Nach dem bisherigen Ergebnis sind nun Mindererträge zu erwarten: bei der Zuckerernte ungefähr 15½ Millionen, bei der Post- und Telegraphenverwaltung etwa 3½ Millionen usw. Auch die Eisenbahnen werden einen Ausfall aufweisen, der zwar nicht so groß sein wird wie im vorigen Jahre, aber schätzungsweise immerhin etwa 3 Millionen beträgt. Im ganzen kommen für das laufende Jahr Mindererträge in Frage von etwa 28 Mill. Mark. Dabei ist ein Hauptosten noch nicht berücksichtigt, der des Anteils des Reiches bei dem Abschluß der Reichsbank. Nach Abzug der Mehreinnahmen aus den verschiedenen soeben genannten Quellen bleibt eine Minderertrahme von rund 17 Millionen, zugleich des in seiner Höhe noch nicht bekannten Ausfalls bei der Reichsbank. Mehrbedürfnisse werden wir anderseits bei einer Reihe von Verwaltungen haben. Das Auswärtige Amt wird etwa ½ Million Mark mehr verbrauchen, das Reichsamt des Innern einige Hunderttausend Mark. Die Verwaltung des Reichsheeres und des bayerischen Kontingents wird etwa einen Mehrbedarf von 6½ Millionen für sich beanspruchen, wovon rund 3 Millionen auf die Naturalversorgung in folge erhöhter Fleischpreise fallen."

Interessant ist hier, daß der Redner die höheren Ausgaben fürs Militär auf die Erhöhung der Fleischpreise zurückführt. Unsre Kollegen entzünden sich wohl noch, daß die Agrarier neulich die Steigerung der Fleischpreise ganz entschieden bestritten und von einem "Fleischnotrummel" sprachen. Dieser Schwund wird durch die Rechnung des Reichsschatzamtes widerlegt. Aber noch in anderer Beziehung sind die Ausführungen des Redners von Interesse. Wenn die Einnahmen des Reiches infolge der schlechten Geschäftslage zurückgehen und die Ausgaben infolge der teuren Preise wachsen, so muß natürlich ein Defizit eintreten. Das Reich weiß sich jedoch zu helfen, denn es pumpst einfach, indem es eine Millionen-Anleihe aufnimmt. Wie aber steht es mit einem Arbeiterhaushalte, wenn dessen Ausgaben steigen und die Einnahmen sinken? Hier ist das Pumpen sehr schwierig und die Not zieht ins Haus ein. Dies ist auch eine Illustration zu dem Ausspruch von der "gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter hinein". Man darf

wohl behaupten, daß die Entwicklung der Reichsfinanzen die Lage des gegenwärtigen Wirtschaftslebens wieder spiegelt und daß man aus der Gelbstoff des deutschen Reiches einen Rückblick tun kann auf die Gelbstoff des deutschen Arbeiters. Danach muß man behaupten, daß sich Millionen von Menschen in Deutschland augenblicklich in einer großen Notlage befinden, ohne daß "die mangelnden Faktoren" sich auch nur im geringsten darum kümmern.

In der Diskussion über den Reichsetat wurden der Regierung und der Mehrheit des Reichstages einige bittere Wahrheiten gefagt. "Was den Gesamthaftcharakter der Finanzlage betrifft", sprach von Vollmar, "so befindet sie sich auf einem so unglaublichen Tiefstand, die Defizite und Schulden über die Pumpiwirtschaft hat einen Entwicklungsrückstand erreicht, die ganze Organisation unsres Finanzwesens ist so verworren geworden und widerprüht so allen Grundsätzen einer gefundenen Finanzwirtschaft, daß die Dinge unmöglich so weiter gehen können und daß man endlich an eine schlaue Rendierung dieses Zustandes denken muß. Nun hat uns ja gestern der Schatzkanzler die interessante Mitteilung gemacht, daß der Zustand zwar ein recht trauriger sei, aber es sei niemand daran schuld. Denn diese Dinge hätten nicht vorausgesehen werden können. Wenn man das so hört, möchte man wirklich meinen, als ob das Finanzwesen ein unentzündbares Schicksal sei, das plötzlich sozusagen über uns gekommen sei. In Wirklichkeit ist die Sache doch so, daß das jetzige Elend nichts ist als die unausbleibliche Folge der ganzen bisherigen Finanzwirtschaft. Wir Sozialdemokraten haben oft genug gewarnt, Jahr für Jahr, daß endlich mit der bisherigen Praxis Einhalt getan werde. Ich erinnere nur an die große Flottenvorlage vom Jahre 1897, die ja insbesondere den jetzigen Zustand herbeigeführt hat. Damals wurde von diesen Wänden der Regierung ausdrücklich vorausgesagt, daß bei der nahenden schlechten wirtschaftlichen Konjunktur notwendig die Einkünfte des Reiches aus indirekten Steuern und Zöllen sich vermindern müßten und daß dann Defizite, neue Schulden und neue Steuern absolut unabwendbar seien würden. Die Regierung hat sich damals die Sache sehr leicht gemacht. Sie beschußigte uns der Schwarzfärber, sie habe Geld wie Heu, so viel Geld, daß sie garnicht einmal wisse, was sie mit den neuen Mitteln, die ihr damals das Zentrum angeboten hatte, anfangen solle. Die dauernden Überschüsse seien hoch genug, um die Mehrosten der Flottenvorlage aus laufenden Belägen decken zu können, und die Mehrheit dieses Hauses, unter Führung natürlich des Zentrums, hat gewaltsam die Augen geschlossen, hat die Vorlage in allen wesentlichen Teilen angenommen und hat durch ihren Billigungsschluß neue Forderungen der Regierung provoziert. Nachdem nun jetzt die Bevölkerung da ist und die Wähler anfangen schwierig zu werden, da auf einmal tut das Zentrum schmerzlich überrascht über die schlechte Finanzlage und sucht die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem es die Sache so hinstellt, als ob es durch die Regierung damals verleitet worden ist. Auf die Führung mag sich ein junges, unerfahrenes Kind hinausreden, aber ein Wesen, das in Sünden groß geworden ist, das über so viele Erfahrungen verfügt, wie gerade das Zentrum, muß sehr genau die Folgen seines Tuns kennen. Die Mehrheit und besonders das Zentrum ist für die jetzige finanzielle Lage voll verantwortlich." Diesen Rüffel wird das Zentrum sicher nicht an den Spiegel stecken.

Auch der Schatzkanzler Graf Bülow nahm im Laufe der Debatte das Wort; er sang ein Lobsied auf die soziale Tätigkeit des Kaisers und behauptete, daß die Monarchie am meisten für die arbeitende Klasse getan habe. Er verließ hierbei dem deutschen Unternehmertum einen kleinen Seitenhieb, indem er erzählte, der Kaiser habe an den Stand eines Berichtes, worin die Stelle vorkommt: "Die französische Bourgeoisie ist der Hebung der arbeitenden Klasse nicht gezeigt!" die Worte geschrieben: "Gerade so wie bei uns!" Hierüber empörten sich die Bourgeoisie des Reichstages und von Radowitz gab dieser Entzündung lebhafte Ausdruck: "Der Schatzkanzler sprach gestern davon, daß der Kaiser an die Bemerkung im Bericht des Botschafters Fürst Radowitz, daß die Bourgeoisie wenig geneigt sei zur Erfüllung sozialer Pflichten, die Rundbemerkung gefügt habe: 'Ganz wie bei uns!'" Das ist unrichtig! Die deutsche Bourgeoisie, die industrielle wie die landwirtschaftliche, hat willig und ohne Murren die Kosten der sozialpolitischen Gesetze auf sich genommen, die Landwirtschaft, trotzdem sie durch die Capitolsche Handelsgesetzgebung in so schweres Unheil versetzt worden ist. Diese Notlage ist auch durch die Annahme des Zolltarifs noch nicht beseitigt." Diesem Herrn sind eben die Zölle noch nicht hoch genug und er hat sich "nur vorläufig" damit zufrieden gegeben. Wir dürfen also auf eine Fortsetzung der Agitation für noch höhere Zölle rechnen. Dann führt Redner fort: "Unsre soziale Gesetzesgebung hätte einen besseren und schnelleren Verlauf genommen, wenn wir noch ein Sozialistengesetz hätten. Ich will nicht sagen, daß das frühere Sozialistengesetz vollkommen gewesen wäre und daß man es notwendiger Weise als ein Ausnahmegesetz abfassen müßte, aber gegenüber einer Partei, die die Fundamente unserer christlichen Kultur unterstützen will, kann man ohne eine besondere Gesetzesgebung nicht auskommen. Ich fürchte, die Zukunft wird das noch

viel mehr lehren, als es die Vergangenheit gelehrt hat. Die geistigen Waffen, die man immer für den Kampf mit der Sozialdemokratie vorbereite, müssen außerordentlich stumpf gewesen sein, denn es sind damit so gut wie gar keine Erfolge erzielt worden, auch nicht seitens des Abg. Richter, der ja eine recht geistvolle Schrift gegen den Sozialismus geschrieben hat. Ebenso wie bei der Erwangerziehung bedarf man bei der Sozialdemokratie neben den geistigen auch andern Waffen." Mit andern Worten: die sozialdemokratische Arbeiterschaft muss mit Ruderstiel und Peitsche behandelt werden. Wenn sich „Herr von Kardorff mit der wärmsten Rasse“ nur nicht irrte. Lebriengens mache der Reichsanzler bald nachher einen Zurückzieher, indem er seine erste Reise etwas abschwächte. Er sagte nämlich: „Herr v. Kardorff schien nicht einverstanden zu sein mit der laizistischen Randbemerkung zu einem Bericht des Botschafters Fürsten Radolin über seine Unterredung mit Millerand. Die Stelle lautete: „Herr Millerand verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzu sehr geneigt ist.“ Dazu hatte Se. Majestät der Kaiser an dem Land geschrieben: „Nichtig — und das überall!“ Ich bestreite keineswegs, daß gerade in Deutschland das Bürgertum und das Unternehmertum viel geleistet hat für die Hebung der unteren Klassen, daß es tatsächlich mitgewirkt hat am Ausbau unserer sozialen Gesellschaft, aber es liegt in der Natur des menschlichen Egoismus, daß kleine Gesellschaftsschichten Opfer bringen zu Gunsten einer andren Gesellschaft. Es ist deshalb Pflicht der Monarchie, hier ausgleichend einzutreten, damit die Klassendifferenzen immer mehr zusammenschmelzen, damit die ärmeren Klassen wohlhabender werden und immer mehr Individuen aufsteigen aus den unteren in die höheren Schichten. Das ist mein sozialpolitisches Bekenntnis, das ist die Ansichtung der verbündeten Regierungen und dieser Ansicht hat der Kaiser Ausdruck gegeben.

Über die Frage, ob die deutsche Bourgeoisie tatsächlich, wie Herr von Kardorff behauptet, willig und ohne Murren die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung auf sich genommen hat, wollen wir ein andermal sprechen, für heute mag es genügen, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterklasse das unbeschränkte Koalitionsrecht fordert, dann kann sie auf das Wohlwollen der Bourgeoisie und auf „das warme Herz“ der Bevölkerung verzichten. Necht, nicht Wohlthaten — das ist die Devise eines modernen Arbeiters. Will die Monarchie hierbei Hilfe leisten, so ist es gut, andernfalls werden wir auch ohne diese Hilfe zum Rieke kommen. Lebriengens ist es charakteristisch, daß alle Parteien — wenn man ihren Worten trauen darf — in Arbeitersorge machen, ein Beweis, daß die Arbeiterklasse ein Machtfaktor geworden ist, mit dem man rechnen muß. Leider ist den Arbeitern mit Worten wenig gedient, sie wollen Taten sehen.

## Aus unserem Berufe.

### An unsere Kollegen Berlins!

Da die letzten Wahlen in der Ortskrankenkasse für ungültig erklärt worden sind, finden am

Dienstag, den 10. Februar 1902, in den Arminihallen Abends 8 Uhr die Neuwahlen statt.

Es ist deshalb Pflicht aller organisierten Kollegen der Ortskrankenkasse, sich an der Wahl zu beteiligen und nur die von der Vereinigung herausgegebene Liste abzugeben. Der Wahlkast beginnt präzise 8 Uhr und wird pünktlich 9½ Uhr geschlossen.

Die „Malerzeitung“ bringt in Nr. 4 einen Artikel zu unseren Ausführungen in Nr. 3 des „B.-A.“: „Die Bleiweißfrage und die deutschen Malermeister“, dem wir erst in dieser Nummer einige Worte widmen können, da uns die betr. Malerzeitung zu spät zuging. Aus dem ganzen Geschrei sei jetzt in elstalter Weise hervor, wie krampfhaft sich der Verfasser bemüht, sich um feststehende Tatsachen herumzudrehen. In seiner Weise wird auch nur der leiseste Versuch unternommen, unsre Ausführungen zu widerlegen, dafür hält es der Verfasser in seiner bedauernswerten Lage für angebracht, sich mit faulen Witz aus den selbst gelegten Schlingen zu befreien. Unser Artikel nennt den liebenswürdigen Herrn einen „wütenden“, ein Bezeichnung, die berücksichtigendes Machwerk, vom giftigsten Geifer triefend und im gewöhnlichsten Pamphletstil geschrieben, das verbietet jedem deutschen Malermeister zur Kenntnis gebracht zu werden; auch wird sogleich bekannt gegeben, daß von unserm Artikel ein „Sonderabdruck“ als Agitationsmittel gedruckt werde, was uns, unheimlich bemerk, nur willkommen sein kann. Offensichtlich hat es dem Verfasser unsre Bezeichnung des deutschen Malerbundes als „blecherne Altväter“ angetan, sich eines so „empfehlenswerten“ Titels zu bedienen und sogar auf das persönliche Gehet hinzuverstören. Nur so ist es zu verstehen, daß der Herr so gänzlich seine Selbstbeherrschung verlieren und solche Blechschmiedarbeit verrichten konnte. Der Bleiweißfrage wird unsre schon lange Jahre großes Gewicht beigelegt und zwar wurde besonders bei Besprechung der einzelnen Krankenfassberichte der zahlreichen an Bleivergilzung erkrankten Opfer gedacht. Dies mag wohl manchen der Herren nicht so recht gepaßt haben, da noch heute in deren Augen unsre Gewerbe zu den „gesunden“ gerechnet wird und mit dieser Vorstellung falscher Tatsachen treiben gehen. Nachdem aber infolge des Erlasses der Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe (22. April 1902) von Malerinnungen der Wahrheit widersprechende Gutachten abgegeben waren und vom deutschen Malerbund die Zahlen der Bleiweißerkrankungen als „übertrieben“ bezeichnet wurden, da war es unsre verdammt Pflicht und Schuldigkeit, gegen derartige „fachmännische Befindungen“ ein Veto einzulegen, da wir uns nicht nur auf eigene, in über Wöhinger praktischer Berufstätigkeit gewonnene Erfahrungen stützen können, sondern auch uns bewußt sind, daß Zeitunterschiede von Berufskollegen auf unsrer Seite stehen. Gewiß sollten die Meister in hohem Grade an dieser Frage interessiert sein, schon in bezug auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Gehilfen, wie es jedoch mit diesem Interesse austieß, haben zur Genüge die von uns zitierten Gutachten bewiesen. Ja, ein „Malermeister“ gab sogar seine „Sach- und Fachkenntnisse“ dadurch kund, daß er die durch Bleivergilzung erkrankten Maler und Anstreicher als „Schmierläppen“ bezeichnete, dererwegen es unerhört sei, daß „unsichuldige“ Bleiweiß zu verbannen; was man von den Krankheitsziffern halten könne, wisse man, da es bei den Herren liehe: „Was man nicht definieren kann, das sieht man als Bleikot an.“ — Sind berürtige Leute in unsern Augen auch nur Hasswürde, die kein denkender Mensch ernst nimmt, so ist es doch kennzeichnend, daß derartiges aus Meisterkreisen die „großen Krabbelsten der Hauptfrage“ verschönert hilft, die vorgeblich von den Malermeistern (selbstverständlich nicht in ihrer Gesamtheit) in ruhiger und sachlicher Weise“ behandelt wird. Und da kommt nun dieser Streitfall und belagt sich über unsre

Schreibweise, wie groß und beschimpfend sein soll! Wie anders verhält sich da unter den rühmlichen Ausschüssen ein im Berufe ergrauter Fächermann, der Ehrenpräs des D. A., Herr Weber-Bremen. In seinem „Illustrierten Malerkalender für 1903“ schreibt dieser Herr in einem Aufsatz über die Zukunft des Bleiweises u. a.: „Da wir durch die uns zu Gebote stehenden beiden weissen Farben, Lithopone und Zincweiß, Auswahl ungünstiger Natur zur Gegenübe haben, so halte ich eine Bekämpfung behördlicher Vorschriften über den Gebrauch und den Umgang mit Bleiweiß für nicht opportun, und die Meinung, man könne ohne Bleiweiß nicht mehr malen, für unberechtigt, und kann mich zum Wohlbefinden der Arbeiter, der Klasse unsrer Mitbrüder, von der daß Gesundsein als erste Bedingung im Arbeitsverhältnisse gefordert wird, und bei denen die Gesundheit ihres ganzen Vermögen in der Regel darstellt, welche wir deshalb zu erhalten und zu schützen besonders verpflichtet sind, und worüber wir uns mit durchschlagenden Gründen nicht hinwegsetzen können.“ Diese Worte können auch wir den Arbeitgebern angelehnst empfehlen. Das uns zugegebene, vielleicht in feuchtfröhlicher Karnevalsstimmung ausgespieltete Denkmal müssen wir natürlich dem geistreichen Verfasser schenken, da auch er schon wissen wird, daß alle im Dienste der arbeitenden Klasse Stehenden sich selbst ein Denkmal setzen in den Herzen ihrer Mitbrüder, wenn sie jederzeit und an jedem Orte ihre Pflicht erfüllen. Da aber der D. A. so bereitwillig eine Summe anzusehen sich erbot, so sei uns folgender Vorschlag gestattet: „Alle an Bleiweiß und Bleiablösung erkrankten Meister und Gehilfen erhalten vom Deutschen Malerbund eine der Krankheitsbauer angemessene Entschädigung.“ Daburch lernt der D. A. nicht bloss die unsreits übertriebenen Bissens der Bleiweiskranken kennen, sondern der Überbunge des Deutschen Malerbundes wird sich dann auch durch sein edles, menschenfreundliches Verwenden dafür ein Verdienst erwerben, würdig zum Außenhauen, das er redlich verdient hat.

Die Gehilfenausschüsse wählen in Berlin am Montag den 26. Januar fanden in Berlin die Wahlen zum Gehilfenausschuss und der Beisitzer zum Innungsschließungsgericht statt. Die feindlichen Brüder hatten diesmal ganz ihr Prinzip vergessen, sich nicht an der Besetzung derartiger Amter zu beteiligen! Da doch eine Teilnahme an diesem „Innungstrummel“ zur Verhässerung und Verunreinigung der Gewerkschaften führen soll! Genug, die Herren hatten sich vorgenommen, im Gehilfenausschuss mitzutun und mitzutragen. In vorausahnendem Gefühl ihrer eigenen Unzulänglichkeit hatte der Vorstand der Lokalen brieflich sich an die Vereinigung, Filiale Berlin, gewandt, und eine gemeinsame Sitzung gefordert, zwecks Aufstellung der Kandidaten. Man weiß nun nicht, soll man sich mehr über die Unverantwortlichkeit wundern oder über die Naivität, der Vereinigung zuzumuten, auf ihrer Kandidatenliste Leute einer Gruppe mit aufzunehmen, die einzige und allein ihre Aufgabe darin erblicken, den Zentralvorstand aufs ärgste zu begegnen, seine Maßnahmen auf dem Wege zu Erringung stabilerer günstiger Arbeitsverträge und Verhältnisse illusorisch zu machen! Daß die Vereinigung nicht auf eine solche Verhässerung des Gehilfenausschusses durch Verkenntnis von Kandidatenrichtungen eingegangen, ist selbstverständlich. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Sonderblätter im Ernst glaubten, die Filiale Berlin würde sich drauf einlassen. (Bei einer Zusammenführung und Einigung der feindlichen Brüder zu jeder Zeit, aber auch nur das und nichts anderes!) Da man just keinen neuen demagogischen Stoff zu einem Flugblatt für die Wahlen hatte, die alten Ladenhüter nicht mehr recht ziehen wollten, so wurde mal biefer Trick versucht. Man war aus alter Verlegenheit, konnte man doch in dem erschienenen Flugblatt mit den Kandidaten und dem abgedruckten Briefwechsel zwischen den Vorständen den Anschein erwecken, daß man wieder „eine Verständigung“ gesucht hätte und zwar vergebens. Die Vereinigung wollte den Kampf. Man hoffte gleichzeitig auf Stimmenfang und Mitgliederzuwachs. Sie hatten sich rüdig angestrengt und alles aufgeboten, der Saal war überfüllt — und die Kandidaten der Vereinigung wurden mit übergroßer Mehrheit gewählt. Die Kollegen Berlins haben noch nicht vergessen, daß lediglich durch die Quertriebereien der Leute Nehlerscher Richtung — jetzt kommt noch ein Häuflein Nehlerscher Übermenschen hinzu, die sich wieder von den Lokalen ab trennen! — im Jahre 1901 die Verhandlungen zwecks Regulierung des Lohntariffs mit der Innung scheiterten. Im vorjährigen Jahre beteiligten sich die Lokale gar nicht an den Wahlen zum Gehilfenausschuss und überließen der Vereinigung die Sitzphrasarbeit, in der Zeit der wirtschaftlichen Depression die Verhandlungen, nach Lage der Sache mit kleinem Erfolg, zu Ende zu führen. (Natürlich konnte dies der Vereinigung nur lieb sein.) Dieses Überlassen der Arbeit geschah nicht etwa nach dem Grundsatz: „Ehre, wenn Ehre gebührt“, sondern man konnte doch infolge der Nichtbeteiligung um so besser schimpfen, war jeder Verantwortung erhoben und brauchte nicht die ernste, immervährende intensive Fleinarbeit an dem Weiterdauern mitzumachen. Es wurden ja auch alle Register aufgezogen, um die niedrigsten Instanzen im Menschen zu wecken und das Groß der Kollegen an sich zu ziehen. Jetzt, wo die heikelste Arbeit vollzogen ist, kommt man als Biedermeier mit dem weichen Si, stellt sich hin als herzige, der die angeblich in den Dreck geschobene Karre herausholen kann, oder, wie ein Vorstandsmittel der Lokale bei der Anprichtung seiner Kandidaten erklärte: „Damit eine andere „Fucht“ kommt!“ Höchst geschmacvoll! Vor den Wahlen gab Kollege Fallobit als Altgehilfe den Bericht über die Theatertarife des Ausschusses und verweile naturgemäß bei dem wichtigsten Teile: der Tarifvereinbarung. Er führte u. a. an, wie die Innung versuchte, den bereits abgeschlossenen Tarif von der Ausarbeitung eines Altlohnartiffs abhängig zu machen; desgleichen die Wahl der Achtzehnerkommission (§13 des Lohnartiffs). Nun haben die Unternehmer selbst einen Altlohnartiff ausgearbeitet und dem Altgehilfen zugestellt. Eine spätere Versammlung wird darüber zu beraten und zu beschließen haben, ob die Kollegen gewillt sind, den Altlohnartiff anzuerkennen oder nicht. Zum Schluß vorberie Fallobit bringt auf, alle Berücksicht gegen den Lohnartiff und dessen Nichtinhaltsbildung seitens der Unternehmer der Organisation mitzuteilen und wies darauf hin, daß der Gehilfenausschuss ein Nichts ist, wenn die Organisation nicht hinter ihm stehe. In der ziemlich schwachen Diskussion tauchten merkwürdige Ansichten und Ausschätzungen über die Tarif zur Durchführung des Tarifs auf, so z. B.: das Bubenperren selbst in der arbeitslosen Zeit um Weihnachten! Aus der Wahl gingen mit großer Majorität hervor: Fallobit und Horn; als deren Stellvertreter Wendel und Wagner. Als Beisitzer zum Innungsschließungsgericht Wielert, Fallobit, Stangenberg und Göbb; deren Stellvertreter: Meier, Frank, Stein und Teuber. Diese Wahlen leitete Herr Obermeister Schnare. Kollege Kloß gab

am Schlusse der Versammlung noch einen Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis und besseren Zustand und verließ auf den Artikel in Nr. 4 des „B.-A.“.

+ Berufsunfall. Am 26. Januar ist in Köln unser Kollege H. Schönstein infolge eines Unfalls gestorben. Er fiel in einem Neubau durch eine Betonbede, welche gesprengt und schon ausgeschmolzen war. Der Unfall konnte nicht passieren, wenn die Polizeivorschrift befolgt worden wäre, daß in Neubauten die Böden abgedeckt sein müssen.

+ Submissionsblüten. An der Baugewerkschule zu Erfurt wurden vor einigen Tagen die Maleraarbeiten folgende: Trautmann: Los 1 6272 M, Los 2 1535 M; Pätz: Los 1 5248 M, Los 2 1775 M; Schröder: Los 1 5235 Matri, Los 2 1542 M; Gerlach: Los 1 4749 M, Los 2 1521 Matri; M. Holland: Los 1 4570 M, Los 2 1403 M; Müller: Los 1 4553 M, Los 2 1254 M; Wand: Los 1 4391 M, Los 2 1244 M; G. Holland: Los 1 4328 M, Los 2 1176 M; Obermeister Schneider: Los 1 3640 M, Los 2 1202 M; Lemke: Los 1 3382 M, Los 2 1243 M; Vogelstein: Los 1 3713 M, Los 2 1075 M; Haasert: Los 1 3217 M, Los 2 792 M. — Ein charakteristischer Beitrag zu dem am 15. Februar d. J. in Erfurt stattfindenden Unterverbandsstag selbständiger Maler der Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen.

### Achtung Ladierer!

Zugang nach Spanbau bei Orenstein u. Koppel A.-G. ist fernzuhalten, da sämtliche dort beschäftigten Ladierer am Sonnabend, den 31. Januar, gemahrt wurden.

### Die Ortsverwaltung Berlin II (Ladierer).

+ Nordhausen. Aufstellung eines Lohnartiffs. Am 17. Januar wurde in einer öffentlichen Malerversammlung mit Mehrechtsbeschuß folgender Lohnartif aufgestellt und den Meistern unterbreitet: 1. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige; im Sommer Morgens von 6—12 Uhr, ½ Stunde Frühstück, Nachmittags von 1½—6 Uhr Abends ohne Besperpause; im Winter nur eine einstündige Mittagspause. Vor den hohen Feiertagen eine Stunde früher Feierabend bei voller Lohnzahlung. 2. Der Minimallohn für Malergehilfen beträgt pro Stunde 36 M, früher 33 M, für Aufstreicher 31 M, früher 28 M, für höher bezahlte entsprechender Aufschlag. Der Lohn ist jedem Arbeiter bis Sonnabend Abend 6 Uhr auszuzahlen, längeres Warten ist mit einer Stunde zu bezahlen. 3. Nebenstunden und Sonntagsarbeiten sind zu vermeiden, jedoch in bringenden Fällen mit folgendem Aufschlag zu bezahlen: für Nebenstunden von 9 Uhr Abends bis 9 Uhr 25 Prozent, für Nachtarbeit von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens 50 Prozent; Sonntagsarbeit desgleichen. 4. Bei Lanbarbeit ist Fahrgeld, freie Station eben. 1. M Aufschlag zu gewähren. 5. Mindestig findet beiderseits nicht statt. 6. Diese Tarifvereinbarung behält ihre Gültigkeit vom 1. April 1903 bis 1. April 1905. Wird dieselbe beiderseits vierteljährlich vor Ablauf der Frist nicht gefündigt, so behält dieselbe auf weitere zwei Jahre stillschweig ihre Gültigkeit. 7. Dieser Tarif ist auf Kosten der Meister zu drucken und an sichtbarer Stelle auszuhängen.

Zur die Lohnkommission wurden die Kollegen Zahn, Wille, Grimm, Knabe, Haltner, Noah, Ahrens und Riehbaum, als Obmann Kollege Seßel gewählt.

Heidelberg. (Situationsbericht.) Es mag wohl angezeigt erscheinen, daß die Filiale Heidelberg auch an die Öffentlichkeit tritt, um darzulegen, inwiefern die gewerkschaftliche Bewegung innerhalb unseres Berufes gediehen ist. Da ist zunächst zu berichten, daß das letzte Jahr ein sehr ruhiges genannt werden kann, wenn auch namentlich in Bezug auf den inneren Ausbau gesagt werden muß, daß daselbe ein arbeitsreiches war. In allen Filialen ist die größte Krankheit meist die, daß der Verwaltungspersonal nicht so recht klappen will. Deshalb und weil gerade von einem solchen alles abhängt, muß auch das Augenmerk der Filialen vor allem darauf gerichtet sein und so kam es, daß auch hier diese Frage eine Reihe von Vorstandssitzungen beschäftigte zum Zwecke einer ordentlichen Neorganisations. Namentlich wurde das Haussäfferwesen trob vieler Mißerfolge immer mehr verpolstommt und ausgestaltet, so daß augenblicklich ruhigen Herzens die weitere Entwicklung und Zweckmäßigkeit abgewartet werden kann. Steht doch auch hier der Grundsat unter schärfster fest, daß nur durch eine energische und gewissenhafte Hausagitation der Mitgliederbestand erhalten werden kann. Die Hauptaktivität unserer Filiale bestand aber auch im letzten Jahre darin, daß auf die Ausbildung der Mitglieder ein großes Gewicht gelegt wurde, nicht nur auf geistigem, sondern auch auf fachlichem Gebiete. Zur Erreichung des ersten Ziels wurden 23 Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen Vorträge über sozialpolitische, wirtschaftliche und hygienische Fragen gehalten und die zum Teil von einheimischen und fremden Kollegen, zum Teil von auswärtigen Referenten erledigt wurden. Im Ganzen waren es fünf solcher Vorträge und zwei Vorlesungen. In 12 Versammlungen wurde über das Kartell-Bericht entgegengenommen und in sechs Versammlungen über Bararbeiterfragen. Die meisten Versammlungen aber beschäftigten sich mit der Agitation, zu welchem Zweck auch ein Aufschlag nach einem nahegelegenen Orte stattfand, um neue Mitglieder zu gewinnen und ist zu hoffen, daß nach einem zweiten Ansturm wir ein Resultat erzielen. Auf fachlichem Gebiete wurde unseren Kollegen Gelegenheit geboten, sich in der Holzmalerei Kenntnisse zu erwerben, welcher Zweck zwar nur unter bedeutendem Aufwand von finanziellen Mitteln und idealer Versammlung eines unserer Mitglieder erreicht werden konnte, der sich in selbstlosster Weise zur Verfügung stellte. Auch ein Mittel, um den Fernstehenden zu zeigen, daß das Hauptgewicht bei unserer Organisation auf geistigem und materiellem Gebiete liegt und nicht zuletzt auf fachgewerblichem. Der in der letzten Generalversammlung geholtte Vortrag gegen den Lohnartiff stellte sich der Kritik bereit. Auch ein Moment verdient hier hervorgehoben zu werden. In dem eine halbe Stunde von Heidelberg entfernten Orte Rohrbach befindet sich eine Waggonfabrik, Metallengesellschaft Worms. Auch in der an die 60 Kollegen beschäftigt sind. Maler, Lackierer, Lüster, die in gebückter Lebenshaltung sich befinden. Von diesen war es uns bisher nicht möglich, auch nur einen Teil für die Organisation zu gewinnen, da einerseits der große Indifferenzismus zu seinem Grund hat in der badischen Halbtagschule, in dem Hass, Drängen und Antreiben der in der Fabrik eingeworungen,

durch rigoroseste Anwendung ihrer Sogen. Arbeitsordnung machtlos gewordene Arbeiterschaft. Seit Beginn dieses Jahres ist die Arbeitszeit verkürzt auf 9 Stunden (früher 10½) und extra ein Abzug von 10 Pf. festgesetzt worden, so daß am letzten Zahltag für 14 Tage der höchste Lohnsatz 39 M betrug, während die meisten nur 28, 30 und 32 M belaufenen. Dabei, es ist geradezu charakteristisch, sind viele dieser Kollegen im Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein organisiert, der bekanntlich den friedlichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit als Hauptaufgabe darstellt. Freilich, da gab's große Entrüstung, manches harte Wort fiel gegen die "Brotgeber", aber das war auch alles. In einigen Stunden ist alles vorbei, die vor dem gesetzten guten Vorhabe sind zerstoben nach allen Richtungen. Und das weiß der Kapitalist, er kennt seine Leute, so lange sie nicht vereinigt sind und geschlossen eine Macht bilden, läßt er über die Entrüstungsszenen. Und es ist auch kaum mehr anzunehmen, daß viele davon noch zur Einsicht kommen, denn sie sind im Laufe der Jahre zu stumpfsinnigen Elementen geworden, zu willenslosen Sklaven, zu Maschinen. Und das haben — es ist eine Schmach zu sagen — zum großen Teil die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften auf dem Gewissen, die ihre Mitglieder in Harmoniebusselei großzügig und ihnen geistige Aufklärung nur in winziger Menge zu Teil werden lassen. Möchten es die Kollegen doch einmal einsehen, wie sie von diesen "Arbeiterfreunden" am Narrenseit herumgeführt werden. Die eigenartigen Verhältnisse in solchen Fabriken, wo viele Tausende unserer Kollegen beschäftigt sind, sowie die eigenartigen Umstände, unter denen sie zu schwach sind, dürfen uns für die Zukunft noch veranlassen, speziell für dieses Arbeitsfeld eine ganz eigenartige Agitation zu entfalten, um einerseits dem geistigen Rückstrahl entgegenzuhalten und andererseits zu verhindern, daß diese Kategorie nicht vollständig vereindet und dem Pauperismus entgegen geht.

Gelsenkirchen. (Jahresbericht.) Die Filiale Gelsenkirchen wurde im Juni v. J. zum dritten Male wieder errichtet und vom Vorstand das aufbewahrte Material der früheren Filiale eingefordert. Die Arbeit, die bei Begründung der Filiale geleistet wurde, ließ das Beste erwarten. Obgleich es uns nicht möglich war, den Kollegen in öffentlichen Versammlungen unsere Ziele klar zu machen, ließen wir es an der Agitation von Mund zu Mund nicht fehlen. Die 13 stattgefundenen Mitgliederversammlungen beschäftigten sich zum größten Teil mit dem inneren Ausbau der Filiale. Auch fanden einige Vorträge statt, um den Kollegen, die unsere Vereinigung kaum dem Namen nach kannten, über unsere Ziele und Ziele aufzuklären. Der Jahresbericht ergab eine Gesamteinnahme von 482,59 M., eine Ausgabe von 430,88 M. Die Mitgliederzahl am Jahresabschluß betrug 54. Unsere Bibliothek soll höhere Sorten angewandt werden. Als Kandidat für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung wurde Kollege Rungé ausgewählt. Unsere nächste Aufgabe wird sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer gerechten Prüfung zu unterziehen, schwanken doch die Löhne zwischen 33 und 50 M. pro Stunde, die Arbeitszeit zwischen 10 und 11 Stunden. Teilsweise wird die Frühstück- und Besperrpausen mitbezahlt, andererseits auch abgezogen. Neben dem leider üblichen unangständigen Betragen seitens der Meister im Winter macht sich auch das Zahlen von Winterschäden bemerkbar. Während an anderen Orten vermöge des flüssigen Kapitals die Bautätigkeit eine ziemlich rege ist, kann von hier das Gegenteil berichtet werden. Statt besser scheint es noch schlechter zu werden. Alles in allem genommen bleibt auch hier noch ein Stück Arbeit zu liefern. Darum Kollegen an die Arbeit! Nutzt mit uns für den Kämpfenden Verband. Nutzt die Lauen auf, damit auch wir im Stande sind, in der jüngsten Großstadt großstädtische Verhältnisse in unserem Berufe zu erringen. Was im vorigen Jahre erreicht ist, muß in diesem Jahr doppelt erreicht werden. Allein sind wir nichts, vereint sind wir alles.

## Versammlungs-Berichte.

Leipzig. In der Versammlung vom 10. Januar gab zunächst der Vertrauensmann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß sich die Mitgliederzahl seit dem vorigen Jahr um über 100 vermehrt hat. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, die Quartalsberichte den Mitgliedern künftig von den Versammlungen zugänglich zu machen. Dem Vertrauensmann wurde Entlastung erteilt. Aus dem Bericht des Agitationsteams ist die am Ende des Jahres 1901 erfolgte Lackiererausspaltung zu erwähnen, die am Anfang des Berichtsjahrs beendet wurde. Die bei einer anderen Firma beabsichtigte Lackireduktion konnte ohne Kampf zurückgewiesen werden. Auch sonst sind mehrfach Verstöße gegen den Tarif vorgekommen, die den Gesellenausschuß veranlaßten, bei der Innung Beschwerde zu führen. Die Haupttätigkeit des Agitationsteams war auf die Erwerbung neuer Mitglieder gerichtet. Zu diesem Zwecke wurden Bezirksversammlungen einberufen, zu denen die unorganisierten Kollegen, deren Wohnungen zuvor ausfindig gemacht werden mußten, eingeladen worden waren. Ein nennenswerter Erfolg war aber erst dann bemerkbar, als die betreffenden Kollegen in ihren Wohnungen aufgesucht wurden. Eine weitere Tätigkeit erforderliche Aufnahme einer Statistik, die für das erste Halbjahr vorliegt. In derselben beteiligten sich 578 Kollegen. Davon waren 442 Maler, 115 Lackierer und 21 Anstreicher. Verheiratet waren insgesamt 324 mit 486 Kindern. Bezuglich der Arbeitszeit wurde festgestellt, daß circa 10 Prozent der Maler länger als neun Stunden arbeiteten, dagegen von den Lackierern und Anstreichern annähernd 70 Prozent. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug bei den Malern 51½ M., Lackierern 45 M. und Anstreichern 34½ M. Über die Arbeitslosigkeit geben folgende Zahlen Auskunft: Es waren im ersten Halbjahr 1902 arbeitslos: 817 Maler 13 149 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 41½ Tage über 7 Wochen; 25 Lackierer 958 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 38 Tage über 6½ Wochen; 4 Anstreicher 227 Tage; im Durchschnitt jeder einzelne 56½ Tage oder 9½ Wochen. Insgesamt waren arbeitslos 346 Kollegen 14 332 Tage. Erklärt waren: 76 Maler 1947 Tage, im Durchschnitt 25½ Tage; 11 Lackierer 142 Tage, im Durchschnitt 13 Tage; 5 Anstreicher 99 Tage, im Durchschnitt 20 Tage. Insgesamt waren also 92 Kollegen 2188 Tage.

Darunter waren 12 Fälle von Bleivergiftung und 14 Fälle von Rheumatismus. Das ganze Ergebnis wird erst dann einen Wert besitzen, wenn die Statistik vom ganzen Jahre vorliegt, und womöglich mehrere Jahre fortgesetzt wird. Ferner ist zu berichten, daß eine Petition an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet war, in der besondere Gesetzesbestimmungen zum Schutze gegen die Bleivergiftung gefordert wurden. Im vergangenen Jahre wurden 24 Versammlungen abgehalten, in denen 12 Vorträge gehalten wurden. Die Erfolge der austwirksamen Agitation sind weniger günstig, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß nur

wenige und verhältnismäßig kleine Städte in Betracht kamen. So mußte die Zahlstelle Eisenburg infolge Maßregelung der leitenden Person aufgelöst werden. In Grimma wurde mehrmals der Versuch gemacht, festen Fuß zu fassen, aber ohne jeden Erfolg. Wurden wurde drei mal mit Referenten besprochen, es war aber nicht möglich, den alten Mitgliederbestand nennenswert zu erhöhen. Eine Anfrage an das Gewerkschaftsblatt blieb ohne Antwort. Nur in Naunhof wurden einige Mitglieder gewonnen.

Bei den nun vorgenommenen Neuwahlen wurde Kollege Müller als Vertrauensmann wiedergewählt. Das Agitationsteam setzt sich aus den Kollegen Hannich, Kaufmann, Schlesinger, Knoch, Schraps und Wilhelm zusammen. Als Revisoren wurden R. Grüner, Goldbik und Löwe gewählt. Der Bericht vom Arbeitsnachweis lag der Versammlung gedruckt vor. Es wurde nur noch aufgefordert, daß alle Kollegen, die arbeitslos sind, wenn auch nur tageweise, sich im Arbeitsnachweis melden sollen, um eine gute Arbeitslosenstatistik zu bekommen. Hierauf wurden die Kollegen A. Grüner, Markgraf, Paulert, Siessling, Sesse, Berndt und Coci als Arbeitsnachweisführende und R. Grüner und Heidrich als Ersatzmänner gewählt.

Es folgte nun der Bericht und die Neuwahl der Bibliothekare. Aus der Bibliothek wurden 682 Bücher entliehen. In der Diskussion wurden besonders die Werke über Nationalökonomie und Nationalwissenschaften, von denen nur 37 Bücher entliehen wurden, einer besseren Beachtung empfohlen. Leider sind auch im letzten Jahre eine Anzahl Bücher abhanden gekommen. Die Kollegen könnten selbst mit dazu beitreten, beratige Mängel zu beseitigen, wenn sie sich pünktlicher einzufinden würben. Die Vorlagenwerke wurden von 221 Kollegen erworben. Gewählt wurden die Kollegen Scherl, Großer, Gießner und Hößner, als Revisoren Strohbach und Lucas.

Das Arbeitsnachweisreglement war seitens b. d. Agitationsteams in Gemeinschaft mit den Nachweisführenden einer Revision unterzogen worden; dasselbe wurde mit einigen Änderungen genehmigt.

Mixdorf. Generalversammlung vom 12. Januar. Zunächst gab Kollege Mich den Vorstandsbereich; denselben war zu entnehmen, daß unsere Filiale stetig vorwärts schreitet. Nach dem Klassenbericht vom vierten Quartal 1902 ergab sich, daß pro erstem Quartal 1903 ein Klassenbestand von 179,10 M. verbleibt. Der augenblickliche Mitgliedsbestand ist 150. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Klassierer einstimmig Decharge erteilt. Nach Erledigung der noch notwendigen Wahlten wurde Kollege Mich als Kandidat zur Generalversammlung ausgewählt. Den streitenden Weibern in Meerane werden einstimmig 20 M. aus der Klassifizierung bewilligt. Zum Schlus forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch im neuen Jahre recht fleißig für die Vereinigung zu wirken und auch dafür zu sorgen, daß unsere Versammlungen stets zahlreich betrachtet werden, da in nächster Zeit sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen wären.

## Eingesandt.

### Arbeitslosenversicherung.

In keiner Zeit ist so oft über die Fortentwicklung unserer Gewerkschaft so lebhaft debattiert worden, als in der Zeit, seitdem die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund steht. Und mit Recht; auch ich halte die Arbeitslosenversicherung für notwendig. Wenn wir die Leistungen unserer Gewerkschaft erhöhen, dann werden wir unsere Organisation entsprechend hinter ihnen stehen und als ein Stück Ehrengut ihrer selbst betrachten. Nicht zuviel hohe Ideale, nein, ganz besonders materielle Interessen fesseln die Mitglieder an die Gewerkschaft. Wenn man die Verbandlung über Arbeitslosenversicherung von der letzten Generalversammlung in Würzburg durchliest, finden wir, daß, wenn nicht ein besseres Material auf der Generalversammlung in Berlin vorgelegt werden kann, wir wieder dasselbe wie in Würzburg haben, und die Arbeitslosenversicherung kommt nicht zu stande. Ich glaube behaupten zu dürfen, daß die Statistik in diesen letzten Jahren nicht viel besser ist, als in den früheren Jahren. Wenn man in Betracht zieht, wie die Zettel ausgestellt werden, so kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß wir uns wenig auf dieses Material verlassen können. Besser wäre es, wir machen einmal einen Winter den Versuch, und wir würden dann ein gutes und bestimmtes Material im Besitz haben. (?) Wie könnten dann beobachten, ob wir in der Lage sind, überhaupt eine Arbeitslosenversicherung in unserem Berufe einzuführen. Es wäre vielleicht möglich, die Probe durchzuführen, wenn wir die 30 Sommerwochen von 50 auf 50 M. und die 22 Winterwochen von 15 auf 20 M. erhöhen könnten. Rechnen wir für Arbeitslosenunterstützung pro Tag 1 M. und den Höchstbetrag von 24 M. auf die Dauer von 4 Wochen mit Abzug einer Woche Klassenzeit, und in der Zeit vom 1. November bis zum 1. Februar, da mir kein anderes Material als aus dem Würzburger Protokoll zur Verfügung steht, welches auf Seite 83 für mich als Schema dient. Ich rechne also 13 000 Mitglieder,

1643 Fälle von 1—6 Tagen = 9 858 M
984 " " 7—12 " = 11 808 "
786 " " 13—18 " = 14 148 "
490 " " 19—24 " = 11 760 "
390 " " 24 " = 9 360 "
1160 " " 24 " = 27 840 "
5453 Fälle 87 774 M

Die Mehreinnahme von den Beiträgen macht 72 800 M.

Rest 11 974 M.

Diese Summe wäre nun noch aufzubringen. Ich denke aber, wie könnten die Krankenunterstützung fallen lassen und zwar aus folgenden Gründen: 1. Wenn wir eine Arbeitslosenunterstützung einführen, würden die Kollegen gerne auf die Krankenunterstützung verzichten, denn sehr viele sind nur deshalb krank, weil sie keine Arbeit haben, mit anderen Worten, sie schließen Krankheit vor, um Unterstützung zu erhalten von der Krankenkasse und vom Verband. 2. Wir können auch aus anderen Gründen die Krankenunterstützung fallen lassen, weil jeder in einer Krankenkasse versichert sein muß und demzufolge auch unterstützt wird. Nicht das Krankengeld von den Zinnungskassen nicht, dann rate ich jedem, in eine freie Kasse einzutreten, die bessere Vorteile bietet. Diesen uns noch fehlenden Betrag von 11 974 M. könnten wir dann mit dem Gelde, welches für Krankenunterstützung gezahlt wurde, bedecken. Die übrigen Kosten für Druck, Porto usw. müßte vorerst die Hauptkasse tragen. Diese vorgeschlagene Steigerung der Beiträge würden die Kollegen wohl mitmachen, aber pro Woche 1 M. und dann noch die örtlichen Märkte, dafür glaube ich nicht, daß sie zu haben sind. Hier wird vielleicht eingesetzen, daß die von mir vorgeschlagene Arbeitslosenunterstützung auch sehr bescheiden sei. Das gebe ich zu, aber bei dieser kleinen Steigerung der Beiträge ist nicht mehr zu leisten möglich. Im anderen Falle ist es mir auch hauptsächlich darum zu

tun, eine bestimmte und ziemlich genaue Statistik zu bekommen. Die Statistik wäre ja freilich nur vom 1. November bis zum 1. Februar, aber wenn die Unterstüzungsberechtigten vor dem 1. November arbeitslos gewesen sind, ist denn doch Schein, der an die Hauptkasse noch Bezahlung der Unterstüzung gesandt wird, vermehrt sein. Gleich werden nach dem Versuchsjahr die Kollegen dann auch für größere Beiträge zu haben sein. Wir wären in der Lage, den Beitrag pro Woche 1 M. zu zahlen, wenn nur alle es begreifen wollten.

Ich verweise auf die Buchdrucker und den Artikel in Nr. 44 unseres "Vereins-Anzeiger". Gerade deren gute Einschätzungen ziehen die Kollegen an, und ihre Kassenverhältnisse haben ihnen dazu verholfen, bei der letzten Tarifberatung ihren Lohn trotz der Krise um ein kleines zu steigern, sonst würden die Unternehmer nichts bewilligt haben. Wenn nun die Arbeitslosenversicherung im großen ganzen nicht zustande kommt, möchte ich folgenden Vorschlag machen, damit doch wenigstens die verheirateten Kollegen eine Arbeitslosenunterstüzung erhalten. Unter Reglement für Reiseunterstüzung hinter § 4 ist ein § 5 zu sehen in folgender Fassung: Verheiraten Mitgliedern, die ein Jahr der Vereinigung angehören, ist an Arbeitslosenunterstüzung pro Woche 6 M. vier Wochen lang ausschließlich der Sonntags zu gewähren. Die Unterstüzung steigt bis zu 5 Jahr pro Woche 50 M. Nach sechsstägiger Klassenzeit tritt die Unterstüzung in Kraft. Innerhalb zweier Tage der Klassenzeit ist dem Filialvorstand die Quittungskarte nebst Abgangszeugnis vorzulegen. Wenn der Unterstüzungsberechtigte sonst keinen Lebensunterhalt erwirkt, wird ihm die Unterstüzung entzogen. Die Unterstüzung wird nur während der Zeit vom 1. November bis zum 1. Februar gewährt und wenn der Empfänger nicht über vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Unterstüzung kann das Mitglied erst dann wieder erhalten, wenn es 40 Wochen Beiträge gezahlt hat.

Wie aus meinem Antrage zu ersehen ist, ist diese Arbeitslosenunterstüzung für die Verheirateten nicht viel größer als für die Ledigen die Reiseunterstüzung. Die anderen Begehungungen, die den Verheirateten gewährt werden, sind nicht beachtet angetan, daß wir hoffen können, sie dadurch in unsere Vereinigung hineinzuziehen. Wenn wir den Verheirateten nichts materielles gewähren, können wir sie nicht überzeugen, uns beizutreten, das wird wohl den meisten Kollegen schon bekannt sein, die die Verhältnisse näher kennen. Da die ledigen Mitglieder Reiseunterstüzung erhalten, eigentlich ist es Arbeitslosenunterstüzung, denn die meisten würden nicht abreisen, wenn sie Arbeit hätten, und die Verheirateten am Platze bleiben müssen, wenn auch keine Arbeit da ist, ist es notwendig, denselben Arbeitslosenunterstüzung zu gewähren. In der Jugend recht eifrige Mitglieder gehen uns nach ihrer Verheiratung meistens verloren. Warum? Weil der Verein für sie keinen Zweck mehr hätte. Haben wir erst die Verheirateten, dann können die jüngeren Kollegen auch besser herangezogen werden. Es ist doch bekannt, daß die älteren Kollegen auf die jüngeren mehr einwirken und Eindruck machen wie umgekehrt. Weil jetzt die älteren die jüngeren Kollegen abhalten, so ist es von besonderer Wichtigkeit, den Verheirateten eine Arbeitslosenunterstüzung zu gewähren, um diese heranzuziehen. Wir müssen mit Freuden an die Arbeit gehen, und welch ein Trost, wenn wir wissen, daß ein arbeitsloser Kollege eine Unterstüzung hat, um nicht dem Elend und dem Mischnut zu verfallen. Darum, Kollegen, dürfen wir uns nicht weigern, mehr Beitrag zu zahlen. Wenn wir dieser guten Sache das Geld entziehen, dann ist keine Hoffnung vorhanden, daß die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden kann. Niemand kann sich vorstellen, daß die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben.

Georg Gerken.

Doch in unserer Organisation nicht alles so bestellt ist, wie es sein sollte. Ist nur zu hoffen, daß eine Kampforganisation ist, eine Kampforganisation ist, die Kämpfe erfordert über Opfer. Damit nun sehr Geduld in diesem Kampfe Opfer bringt, nicht erliege, zahlen wir Beiträge, damit die Organisation dem Opfer Bringenden helden unter die Arme greifen kann. Geschichtet das nun immer und überall in gerechter Weise?

Ich bezweifle das, weise z. B. auf die Reiseunterstüzung hin. Ist denn das Reisen ein so herborrigeles, im Interesse der Organisation gebrauchtes Opfer, daß es im jedem Winter bis zur Höhe von 21 M. pro Mann honoriert werden muß? Wer reist denn überhaupt und warum reist man? Junge Leute, die etwas lernen wollen, gingen früher und auch wohl heute noch in die Fremde, um in großen Städten zu arbeiten und Kenntnisse zu sammeln und dafür werfen wir alljährlich Tausende zum Fenster hinaus. Will man etwa behaupten, daß diese jungen Leute, die zum größten Teil den eigentlichen Zweck der Organisation noch garnicht richtig begriffen haben, die eifrigsten Pioniere in dieser Sache seien. Das ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, falsch. Im Gegenteil, die seßhaften älteren und verheirateten Kollegen, diese bilden den Stamm und bringen auch die größten Opfer! Für diese hat man aber nur geringe Gegenleistung und auch noch in solchen Fällen, wo es es sein müßte, auch noch entbehren können.

Vielen Kollegen werden im Herbst wegen ihrer Verbandsaktivität abgehoben, "wegen Mangel an Arbeit" heißt es gewöhnlich. Oft werden sie garnicht einmal entlassen, sondern sollen nur "Aussehen"; sie bekommen Bescheid und nun warten diese Kollegen 18 und 20 Wochen lang. Das das eine Maßregelung ist, kann Niemand nachweisen und wird daher auch nicht unterstützen. Ist es da ein Wunder, daß uns noch so viele Kollegen fernbleiben, die sich um keine Organisation kümmern!

Wer es schon einmal durchgemacht hat, der wird wissen, was eine 18 bis 22wöchige Arbeitslosigkeit für Schrecken mit sich bringt! Und diese Schrecken, diese Hütten zu müssen, die ohne Schuld des Betreffenden eintraten, das ist Pflicht der Organisation! Gibt das, was Ihr geben könnt, dem notleidenden Kollegen in seinem Heim, in seine Familie! Warum muß er sich das erst auf der Landstraße holen?! Verwenden diese Tausende, die alljährlich auf diese Weise ausgegeben werden, zu einer, wenn auch nur ganz mäßigen Arbeitslosenunterstüzung, ebenso wenn es nicht anders geht, die Kranken- und Sterbegeldzuschüsse! Gern, es ist eine schöne Sache, wenn ich in den Tagen der Krankheit eine Extraunterstüzung bekommen kann. Gegen die äußerste Not bin ich aber hier schon durch das Gesetz geschützt. Wenn man über der Fürsorge für die Kranken, die Gesunden bei zu langer arbeitsloser Zeit beim Elend anheimfallen läßt, das ist nicht gerecht!

Weiter möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß mit dem Gesetze, das der Filialverwaltung verbleibt, manchmal in recht leichtsinniger Weise gewirtschaftet wird. Hier wäre Gerechtigkeit auch mehr am Platze; es wird noch viel zu viel dem Vergnügen gepflegt.

Mit Vorbehalt glaube ich nun nachgewiesen zu haben, daß wenn man ernstlich gewillt wäre, eine Arbeitslosen-

